

Das könnte eure Feuerwache sein



Diese modern sanierte alte Brandwehr sollte eigentlich ein Soziokulturelles Zentrum werden. (Foto: mac)

2,1 Millionen Euro – richtig viel Schotter. Vor allem für eine Stadt wie Duisburg, deren gescheiterte Bauprojekte Steuerzahler*innen regelmäßig verzweifeln lassen. Diese Millio-nensumme an Fördermitteln soll die Kommune am Rhein nun Land und EU zurückzahlen, weil sie kein Soziokulturelles Zentrum in der Alten Feuerwache im Stadtteil Hochfeld aufbaute. Ein Bündnis aus Initiativen will sich auch nach dem finanziellen Desaster weiter für einen Freiraum in seinem Viertel einsetzen. Und lädt ein, für einen öffentlichen kulturellen Ort zu streiten.

Wo einst die Feuerwehrautos hinaus rasten, steht heute ein verschlafenes, aber modern saniertes rotes Backsteingebäude an der Friedensstraße in Duisburg-Hochfeld. Bis auf die AWO, die dort Integrationskurse organisiert, steht die ehemalige Brandwehr zu einem großen Teil leer. Kein Betrieb im Café oder dem 130 Quadratmeter großen Veranstaltungssaal. Ungenutzte Büroräume und Studios im dritten Stock. Viel Potenzial, viel Stillstand.

Symbolische Miete für private Gewinne

Das ärgert Anwohner*innen, Kunstschaffende und Aktive. Sie sagen, in anderen Städten hätten es kulturelle Begegnungsorte leichter. „Nur Duisburg legt sozialen und kulturellen Initiativen seit Jahren Steine in den Weg“, so Jonas Weber vom Verein Mustermensch e.V. Und eigentlich war die Sache auch von vornherein klar: Die Feuerwehr wurde 2005 mit Fördermitteln saniert. Dafür kamen 2,8 Millionen Euro – 50 Prozent von der EU, 40 Prozent vom Land NRW und nochmal 10 Prozent von der Kommune. Aber nur unter einer Bedingung: Der Raum sollte von der Stadt als Stadtteilzentrum Vereinen und Ehrenamtlichen übergeben werden.

Nach der Eröffnung des neuen Glanzobjekts im sonst eher vernachlässigten Stadtteil trug der

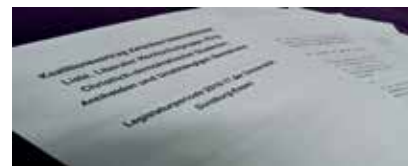
Verein „Alte Feuerwache e.V.“ den Betrieb. Zumindest bis der Pleitegeier bei den Aktiven landete. Danach setzte die Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG DU) lieber auf private Bewirtschafter – trotz eben erwähnter Zweckbindung. Nobert Knabben (ehemaliger Sprecher der Grünen in Duisburg-Mitte) verdiente mit seiner Agentur Kannon Geld an den Auftritten von Künstler*innen und der Vermietung der Räume. Die Stadt soll laut Informationen der WAZ das Gewinnstreben auch mit einer symbolischen Ein-Euro-Miete für Knabben subventioniert haben. Auf kurzfristige Nachfrage konnte die Pressestelle keine Auskunft darüber geben, warum die Stadt so handelte.

Es kam, wie es kommen musste: EU und Land forderten einen Teil der Gelder zurück und erwirkten ein Urteil. Noch sei aber kein offizielles Schriftstück eingegangen und keine Summe überwiesen worden, so die Stadt Duisburg auf Anfrage der aktuell. Als die Forderung im September 2016 bekannt wurde, setzte die EG DU nochmal zur letzten Rettung an. Gemeinsam mit Initiativen aus dem Stadtteil kam man an einem Tisch zusammen, besprach künftige Ideen, um die Rückzahlung noch zu verhindern. Sogar die Feuerwache wurde besichtigt – aber ohne klare Mietzusage an die mittlerweile zahlreichen interessierten Bürger*innen. Nach Bekanntwerden der Rückzahlung durch die Stadt wurden die Gespräche dann aber plötzlich auf Eis gelegt.

„Jetzt erst Recht!“

Etwa 30 Aktive aus Vereinen wie Kultursprung, Klüngelklub Hochfeld oder dem Medienbunker Marxloh haben daraufhin beschlossen: „Jetzt erst Recht!“ Wenn die Stadt ohnehin über drei Millionen Euro ausgegeben hat, dann solle die Feuerwache in die Hände der Bürger*innen, meint UDE-Student Christian, der sich vor Ort engagiert. Außerdem gebe auch der stadt-eigene Kulturentwicklungsplan die Handlungsempfehlung, ein

Viel Neues



Hochschule groß, Politik klein: Der neue AStA ist im Amt. Was im Koalitionsvertrag steht, lest ihr auf Seite 4/5

Wenig Knete



Wie finanziell schlecht es um die Theaterszene in NRW bestellt ist, lest ihr auf Seite 6.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Soziokulturelles Zentrum zu finanzieren. Mit der Grünen Fraktion wollen die Aktiven eine Anfrage im Rat der Stadt stellen. Sie wollen herausfinden, wohin die Fördergelder jetzt gehen und was die weiteren Pläne der Stadt sind. „Das sind für uns wertvolle Informationen. Sie schaffen aber auch Transparenz“, so Christian weiter.

Die Engagierten fordern außerdem „endlich einen offenen und partizipativen Prozess für ein unabhängiges Soziokulturelles Zentrum in der Feuerwache“. Die Stadt habe derweil eine Arbeitsgruppe zum Thema eingerichtet und wolle die Stadtteilakteur*innen selbstverständlich in die weitere Entwicklung einbeziehen. Diese wollen weiterhin eine Ideenwerkstatt, auf der gemeinschaftlich entschieden wird, was im Freiraum letztendlich entstehen soll, umsetzen. [mac]

Lust auf Freiraum in Feuerwache?

Die Aktiven laden zum **Offenen Treffen am Sonntag, 5. Februar, um 14 Uhr ein**. In Raum 22 im Internationalen Internationalen Zentrum (IZ), Flachsmarkt 15, soll über die Zukunft des Backsteinhauses gesprochen und Pläne geschmiedet werden.

Keine Müll-Diät mit Jojo-Effekt

Glosse

Modernes Märchen von Mauern und Meeren

Von Maren Wenzel

Es war einmal ein Präsident und alle fragten sich, warum er Herrscher ward, aber sei's drum. Aus seinem ovalen Büro heraus möchte er neuerdings eine Mauer zum Nachbarland bauen – Mexiko. Beim Gedanken an betonierte Grenzen schallen hierzulande die Alarmfanfaren. Auch bei Michael Müller (SPD), der mit dem Bürgermeisterzepter Berlins in der Hand jenen Trump mahnt, diesen „Irrweg von Abschottung und Ausgrenzung nicht zu gehen“.

Schätzungsweise 1.613 Tote an dem einst innerdeutschen Bauwerk stehen in den Geschichtsbüchern geschrieben. Umso größer war die Empörung, als Gedenkkreuze für die Opfer im November 2014 vom Zentrum für Politische Schönheit klammheimlich entwendet und an den EU-Außengrenzen Flüchtlingen übergeben wurden. „Sapperlot! Was fällt diesen hippen Berliner Kunst-Aktivist*innen überhaupt ein, mit den historisierten Schrecken des Unrechtsstaates die Brutalität der demokratischen EU zu tadeln?“ – so dachte man damals wohl in den hohen Häusern dieser Republik.

Europa braucht so etwas mittelalterliches wie Mauern aus Stein gar nicht mehr. Hier gibt es ja das Mittelmeer. Da kann man als Europäische Union glatt Militärkreuzer statt effektiven Seenotrettungsschiffen entsenden und sieht immer noch nach Weißer Ritter*in aus. 10.000 ertrunkene Menschen seit dem Jahre 2014 – eine Randnotiz. Immerhin hilft ja jetzt auch bald das befreundete Land Libyen, indem es die Verzweifelten ganz held*innenmäßig schon vor der eigenen Küste aus dem Wasser zerren will. In Ungarn, Ceuta und Melilla thronen die Grenzen – aus Stacheldraht – übrigens immer noch hoch in den Himmel. Aber dieser amerikanische Herrscher, der hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!

Was ist die ach so beliebte Moral von der Geschichte? Es gibt unterschiedliche Wege, eine Festung zu errichten, ob in Europa oder den USA. Aber Bastionen halten auch nur so lange, bis sie von den Menschen wieder eingerissen werden. Eben wie es Demonstrant*innen gegen das Einreiseverbot von Muslim*as am JFK-Flughafen verlautbarten: „Du baust die Mauer, wir reißen sie ein!“ Ansonsten bauen sie weiter fröhlich Abschottungswerke bis ans Ende unserer Tage.

2012 wurden in der BRD pro Kopf durchschnittlich 611 Kilogramm Müll produziert. Damit liegt Deutschland auf Platz vier in Europa. Wie lässt sich Müll vermeiden? Tipps gab die Bochumerin Shia Su in der Essener Banditenbar. Sie ist selbsternannte „Wastelandrebellin“. Alles begann damit, dass Shia vor allem eins war: Faul.

Es ist 20.30 Uhr und das Interesse ist groß. Shia Su ist mit ihrem Mann Hanno zu Gast, um Tipps zu geben und über ihre Erfahrungen zu berichten, einfach so wenig Müll wie möglich zu produzieren. Dabei betont sie am Anfang, dass es ein Prozess sei und sie nicht von heute auf morgen kaum nicht-recycelbaren Müll erzeugt haben. Auch die Lebensqualität sollte nicht darunter leiden, meint sie. Hanno, ihr Mann, ergänzt noch, dass sie „keine Müll-diät mit Jojo-Effekt“ machen wollten. Und alles fing an mit „faul sein“ wie Hanno schmunzelnd erklärt. Sie hätten zuerst ihre ganzen Vorräte aufgebraucht und seien nicht einkaufen gegangen, getreu dem Motto „Use What You've Got“. Beispielsweise fiel ihnen auf, dass sie einen Zahnpastavorrat für ein ganzes Jahr angehäuft hatten.

Leihen und Tauschen

Lebensmittel machen zwar den größten Anteil des Mülls aus, jedoch haben sich Shia und Hanno auch darüber Gedanken gemacht, welche Gebrauchsgegenstände sie grundsätzlich im Haushalt benötigen. Viele Sachen verschenken sie an Freund*innen, zum Beispiel die Kapsel-Kaffeemaschine. Werkzeuge leihen sie sich im Baumarkt, denn so eine Bohrmaschine brauche man in der Regel nicht so häufig. Kleidung besorgt sie sich im Second-Hand-Laden oder auf einer Kleidertauschbörse. Und sollte das ein oder andere Elektrogerät, was im Haushalt unverzichtbar ist, den Geist aufgeben, geht sie in ein Repaircafé.

In Puncto Lebensmittel habe Shia „ihre Stadt neu kennengelernt“. Denn sie kauft ausschließlich unverpackte Lebensmittel. Und das sei in der ersten Zeit gar nicht so einfach gewesen. Zunächst richtete sie ihren Fokus auf den Einkauf auf Wochenmärkten. Mittlerweile zieht sie mit Einmachgläsern und einem Stoffnetz los. In vielen Großstädten haben derweil sogar Unverpackt-Läden eröffnet. Im Ruhrgebiet jedoch hat sich das Prinzip noch nicht durchgesetzt. Witten scheint den ersten Schritt in diese Richtung zu machen, dort soll bald ein Unverpackt-Laden eröffnen. Doch es braucht nicht zwangsweise ein solches Geschäft, zumal es für die ein oder andere Person viel zu weit sein dürfte. Dann erklärt Shia, dass es auch ein-



Hanno und Shia produzieren im Jahr so viel Müll, dass er in ein Einmachglas passt. (Foto: mehu)

facher geht, denn viele Lebensmittel gäbe es unverpackt auch schon im Bioladen um die Ecke.

Haushalt und Hygiene

Viele Besucher*innen hingen gespannt an ihren Lippen, als es um den Haushalt und die Körperhygiene ging. „Viele Putzmittel und Kosmetika sind nun mal in Plastik verpackt“, führt Shia aus. Sie selbst habe sich ein paar Grundprodukte zugelegt und mische sie nach Belieben zusammen. Mit Natron (Hauptbestandteil im Backpulver) und Zitronensäure mixt sie ihr eigenes Spülmittel. Waschsoda wird für die Kleidung benutzt und die palmölfreie Olivenölseife für den Körper. Haarshampoo aus einem Schuss Apfelessig und Roggenmehl. Eigentlich ist eine Vielzahl dieser Produkte Bestandteil der meisten Haushalte, erst recht nicht handelt es sich dabei um einen neu gewonnen Markt. „Viel mehr sind diese einfach in Vergessenheit geraten.“ ergänzt Hanno. „Schon unsere Großmütter und -väter hätten Natron oder Waschsoda benutzt. Quasi Back to the Roots.“

Shia und Hanno wollen ihren Lebensstil aber nicht mehr nur zu Hause ausleben. Es soll überall möglich sein, wenig Abfall zu produzieren, auch unterwegs. „Dafür eignet sich das Zero-Waste-Kit“. Shia gibt an, aus was es besteht: Zum Beispiel einer Edelstahltrinkflasche, einem Taschentuch aus Baumwolle, oftmals Besteck, weil der Schnellimbiss nur Plastikbesteck anbietet und auch ein Geschirrhandtuch ist mit an Bord. Das lässt sich prima vor allem dann einsetzen, wenn es beispielsweise zum türkischen Imbiss geht. Dort bestellen sie meistens eine Falafeltasche, ohne Serviette und Alufolie natürlich. Da kann es auch durchaus mal vorkommen, dass Shia über den Plastikgehalt im Mittelmeer redet.

Ihr Vortrag ist anschaulich, es gibt einige Lacher und es wirkt nicht so, als würden alle in der Bar nun ihrem ultimativen Lifestyle folgen müssen. Vielmehr zeigte sie auf, wie wir uns einem täglichen Konsumwahnsinn mehr oder weniger aussetzen. Abschließend stellt sie noch fest, dass „genug für uns da ist, wir müssen es nur besser verteilen“. Auf ihrem Blog wastelandrebell.de hat sie allerlei Tipps, wie wir alle unseren Müll reduzieren können. [mehu]

Massiver Protest, internes Chaos

„Wir werden der AfD auch dieses Mal die Stimme nehmen und die Wahlkampf vorbereitungen stören“, schallt es aus dem Lautsprecher-Wagen. Knapp 1.500 Demonstrant*innen fanden sich am Sonntag, 29. Januar, zur Demonstration der Kampagne Nationalismus ist keine Alternative (NIKA) in Oberhausen zusammen, um gegen den fünften Landesparteitag der AfD seit 2016 zu protestieren. Zeitgleich sind die Gemüter in der AfD erhitzt, unzählige Auseinandersetzungen zeichnen das Bild der Partei in NRW.

Um 12 Uhr ist der Platz am Hinterausgang des Hauptbahnhofs mit fast 600 Menschen bereits gut gefüllt. Sowohl antifaschistische Gruppen als auch die Oberhausener Zivilgesellschaft haben zur Demonstration gegen die AfD aufgerufen, um sie „als geistige Brandstifter zu benennen“. Auf der Poststraße hält die „größte politische Demonstration in Oberhausen seit einigen Jahren“, wie es Simon Möbius, Pressesprecher von NIKA NRW, einordnet, zu einer ersten Zwischenkundgebung.

Tief in der Mitte verankert

1.500 Demonstrierende hören dabei die Rede von NIKA NRW. Darin erläutert die Kampagne ihre Sicht auf die rechtspopulistische AfD. Sie fungiere als organisatorische Plattform für neurechte, rechtskonservative und extrem rechte Strömungen und entwickle dabei einen großen Echoraum für ein völkisches Weltbild. Der Redner führt aus, dass die AfD damit bei weitem nicht alleine oder isoliert stehe. Vielmehr werde der Rechtspopulismus „vom Großteil des Parteienapparates getragen und mitorganisiert“. Gründe dafür seien versackte, stagnierende Umfragewerte, aber auch ideologische Schnittmengen.

„Diverse Formen der Menschenverachtung sind keine ausschließlichen Ideologien von rück- oder randständigen Gruppen“, heißt es und weiter: „Sie sind von jeher tief in der Mitte verankert, strahlen aus und haben zum Teil ihre Ursprünge dort.“ Kritisiert wird auch die fortschreitende Abschottung gegenüber Geflüchteten und die zahlreichen Verschärfungen im Asylrecht. Die AfD sei nicht das Novum, zu dem sie häufig gemacht werde. In Gefahr sehen die Aktivist*innen dabei vor allem sozialpolitische und emanzipatorische Errungenschaften. Neben Angriffen auf Politik und Presse „stehen im Fadenkreuz vor allem diskriminierte Gruppen und Kritiker*innen“.

Eskalation am Hotel

Dass dieser Fokus durchaus Realität ist, zeigt sich auch darin, dass sich am Rande der Demonstration mehrfach extrem rechte Kräfte präsentieren, um die Demonstration zu provozieren. An der Poststraße reagieren die Demonstrant*innen noch gelassen, als es jedoch zum Hotel der AfD-Delegierten ging, gerät die Situation aus den Fugen. Zuvor machte die Demonstrationsleitung



Aus allen Teilen NRW schlossen sich Antifaschist*innen der Demonstration von NIKA NRW an. (Fotos: rod)

darauf aufmerksam, dass sich in unmittelbarer Nähe zum Hotel eine Asylunterkunft befindet. Völlig ungeachtet dessen fliegen trotzdem einige kleine Knallkörper von wenigen Demonstrant*innen.

Die Polizei zieht daraufhin die Helme auf und filmt die Demonstration. Die Demoleitung kritisiert das als unverhältnismäßig und nennt es eine Präventivmaßnahme, die sich gegen alle Demonstrierenden richte. Nur Minuten später folgt der nächste Zwischenfall. Regional bekannte Neonazis greifen Teilnehmende der Demonstration an. Simon Möbius von NIKA NRW sind die Angreifenden bekannt. Eine Frau war nach seinen Angaben die Anmelderin eines Rechtsrock-Konzertes im Januar 2015 in Duisburg-Marxloh, das als Geburtstagsfeier getarnt war. Er kritisierte außerdem, dass die Polizei keinerlei Interesse gezeigt hätte, gegen die Neonazis vorzugehen und lediglich eine Personalie aufgenommen worden sei. Stattdessen hätte die Polizei „sogar noch zwei Punks mit Krücken auf den Boden geprügelt.“ In der Pressemitteilung der Polizei Oberhausen wird der Vorfall verschwiegen. Auf Nachfrage der aktuell entgegnet die Polizei, dass jede Störung von den Einsatzkräften unterbunden worden sei. Dem widersprechen nicht nur viele Tweets, sondern auch öffentlich zugängliches Bildmaterial.

AfD im Clinch

Spätestens seitdem durch investigative Recherchen des Stern im November 2016 öffentlich wurde, dass der Flügel um Marcus Pretzell die Landeswahlversammlungen manipuliert hatte, steht dem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidat der AfD in NRW das Wasser bis zum Hals. Er gilt nicht nur innerhalb des NRW-Landesverbandes als umstritten, auch bundesweit sieht er sich in vielen Punkten, vor allem durch den stramm völkisch-nationalistischen Flügel, Angriffen ausgesetzt. Dabei ist es Pretzell gewesen, der den ersten offenen Schulterschluss mit der extrem rechten FPÖ im Januar 2016 beim Kongress „Visionen für Europa“ in Düsseldorf vollzog.

In NRW ist einer seiner Gegenspieler auch Martin Renner. Er ist gleichberechtigter Landesvorsitzender neben Pretzell und mutierte kürzlich zum Feindbild. Der Co-Chef soll angeblich Informationen an Pressevertreter*innen weiter-

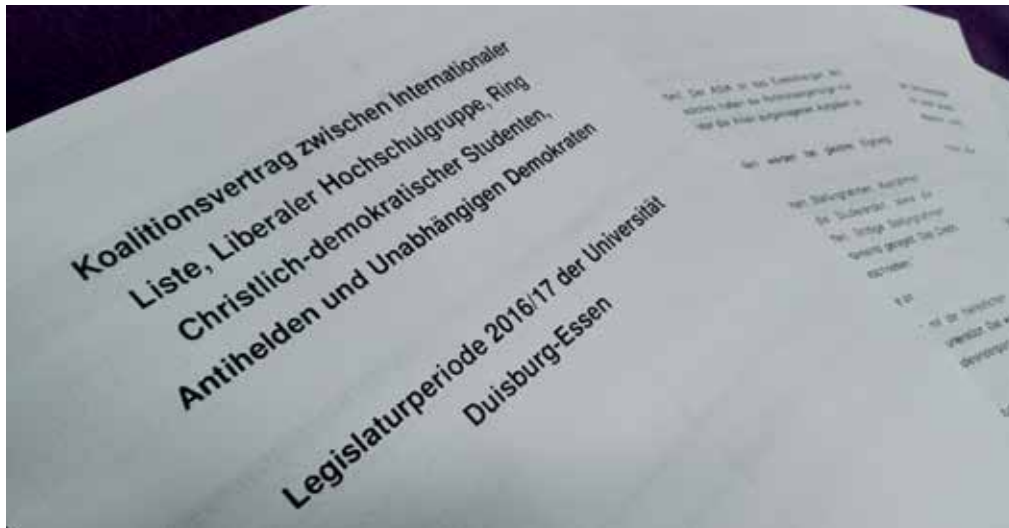
gegeben haben. Auf dem Parteitag kam es folglich zu einer Abstimmung, die über den Verbleib Renners im Landesvorstand entscheiden sollte. Die Presse wurde kurzerhand des Saales verwiesen, Streitereien innerhalb der Partei sollten nicht öffentlich ausgetragen werden, war die Erklärung dazu.

Die Verabschiedung des Wahlprogramms für NRW geriet so erneut in den Hintergrund. Letztendlich einigten sich die Delegierten aber auf ein Programm, das dem auf Bundesebene stark ähnelt. Insgesamt lässt sich für den Parteitag vor allem resümieren, dass die AfD in NRW tief zerstritten bleibt. Eine Frage ist auch nach der Pressekonferenz des Parteitags noch offen: Wo hat Marcus Pretzell seinen überwiegenden Lebensmittelpunkt? Diese Information ist von zentraler Bedeutung. Sollte er seinen überwiegenden Wohnsitz in Leipzig, bei der Bundesvorsitzenden Frauke Petry haben, würde das bedeuten, dass Pretzell nicht als Spitzenkandidat in NRW antreten darf. Das ZDF versuchte dieser Frage auf den Grund zu gehen, scheiterte aber an handgreiflich werdenden AfD-Delegierten und einem flüchtenden Marcus Pretzell. [rod]



Abgeschildert von Einsatzkräften der Polizei sieht sich der AfD-Landesparteitag massivem Protest ausgesetzt.

Neuer AStA, neue Ziele



Der neue AStA strebt einige Veränderungen in der kommenden Legislaturperiode an. (Foto: caro)

Auf der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) am 20. Januar wurde bestätigt, was schon seit längerem in der Gerüchteküche brodelte. Nun ist seit knapp einer Woche ein neuer Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) im Amt. Auch der Koalitionsvertrag, auf den sich die Listen geeinigt haben, wurde vergangene Woche veröffentlicht. Wir haben uns die Vereinbarung genauer angeschaut und den neuen Studierendenvertreter*innen Fragen dazu gestellt.

Lange hat es gedauert, bis sich eine Koalition mit einer ausreichenden Mehrheit für die Konstituierung eines AStAs gefunden hatte. Nun hat eine Koalition aus den neu zur StuPa-Wahl angetretenen Internationalen Liste (IL) und den Antihelden sowie der Liberalen Hochschulgruppe (LHG), den Unabhängigen Demokraten (UD) und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) den alten AStA um Grüne Hochschulgruppe (GHG), Linke Liste (LiLi) und der Juso-Hochschulgruppe abgesetzt (aktuell berichtete). Mit dem Mix aus sich eher links verstehenden oder positionierenden Listen und konservativen und liberalen Hochschulgruppen zeichnet sich die neue Studierendenvertretung durch ein hohes Maß an Meinungsunterschieden aus. Mit dem vergangenen Woche veröffentlichten Koalitionsvertrag sollen die aus den verschiedenen politischen Richtungen resultierenden Kontroversen beigelegt und ein Konsens gefunden werden.

Alles dreht sich um die Hochschule

Bereits im Wahlkampf echauffierten sich die ehemaligen Oppositionslisten darüber, dass der AStA der vergangenen Wahlperiode „Klientelpolitik“ betrieben habe, die lediglich eine linke Minderheit an der Universität angesprochen habe (aktuell berichtete). Eine Studierendenvertretung solle vordergründig „universitätsbezogene“ Politik direkt für die Studierenden

umsetzen, lautete eine der hauptsächlichen Reformbestrebungen der oppositionellen Listen. „Das Credo lautet: ‚Hochschule wird groß, Politik klein geschrieben‘, heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag. Der AStA als Exekutivorgan des Studierendenparlaments habe nicht das politische Mandat, um politische Stellungnahmen für die Studierendenschaft zu tätigen. Zu kontroversen Themen würde nur nach einem Beschluss des Studierendenparlaments eine Stellungnahme abgegeben. Eine Ausnahme würden dabei Sachverhalte bilden, die die Universität beziehungsweise die Universitätsstädte unmittelbar betreffen würden.

„Es werden keine Organisationen, die im Konflikt mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen durch den AStA unterstützt“, geht aus dem Koalitionsvertrag hervor. Das Presse- und Öffentlichkeitsreferat bestätigt, dass alle Organisationen unter anderem hinsichtlich ihrer Einstellung zur Gewaltfreiheit, der Anerkennung von Menschenrechten und des Rechtsstaates vor einer Unterstützung überprüft werden würden. „Sollte es zu keinem einstimmigen Ergebnis im AStA kommen, wird die Diskussion an das StuPa übergeben“, ist im Koalitionsvertrag festgelegt. In der Regel prüft in Deutschland das Bundesverfassungsgericht, ob eine Organisation als verfassungswidrig eingestuft wird.

Auch Veranstaltungsreferent*innen dürfen nicht in Konflikt mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Für jede Veranstaltung solle das Konfliktpotenzial geprüft werden. Allgemein sei es wichtig, „neutrale Bildung (zu) fördern.“ „Generell gilt, dass sich jeder Studierende an unserer Uni seine eigene Meinung bilden soll und dies will der AStA mit einem neutralen Angebot fördern“, sagt das Presse- und Öffentlichkeitsreferat. Um dies im Rahmen einer „Neutralität“ zu realisieren, müsse ein „ausgewogenes, vielseitiges und meinungsbildendes Themenspektrum“ angeboten werden. Das sei vor allem für Veranstaltungen

notwendig, die den Nahost-Konflikt thematisierten.

Für mehr Digitalisierung, Mobilität und Sicherheit

Besonders die Antihelden, die LHG und der RCDS hatten die Digitalisierung des Campus in ihr Programm während der StuPa-Wahl im November vergangenen Jahres aufgenommen (aktuell berichtete). Nun plane der AStA eine „Digitaloffensive“. Neben der Digitalisierung von Vorlesungen, zähle hierzu auch der Ausbau des WLAN-Netzwerkes. Zudem solle auch eine Meldefunktion für „Lehrmethoden aus den 90ern“ eingerichtet werden.

Die von Kritiker*innen als „desolat“ bezeichnete Parkplatzsituation soll ebenfalls verbessert werden. Im Wahlkampf war das noch ein strittiges Thema: Während vor allem die LHG die Situation für Autofahrer*innen verbessern wollte, bezeichnete die IL dies als „unnötig“ (aktuell berichtete). „Es soll ein langfristiges Mobilitätskonzept für alle Verkehrsgruppen vorgelegt werden“, lautet der im Koalitionsvertrag formulierte Konsens. Andererseits möchte sich der AStA für Ökologie und Nachhaltigkeit einsetzen. Dies solle zum Beispiel so aussehen: „Für jeden gefällten Baum sollen zwei neue gepflanzt werden.“ Um das Sicherheitsbedürfnis der Studierenden zu befriedigen, soll mehr Licht installiert und die Security personell aufgestockt werden. „Dabei geht es vor allem um Orte und Zeiten, an bzw. zu denen kein hinlängliches Sicherheitsgefühl besteht“, erläutert das Presse- und Öffentlichkeitsreferat. Konkrete Sicherheitsdefizite werden allerdings nicht benannt.

Vom studentischen Leben

Nachdem es im vergangenen Jahr eine hitzige Diskussion zum mittlerweile geschlossenen muslimischen Gebetsraum am Essener Campus gab (aktuell berichtete), fordert die AStA-Koalition nun einen Raum der Stille. Hierbei werden „Alternativen zur universitätsinternen Raumvergabe“ nicht ausgeschlossen. Es wird zudem betont, dass „Diskriminierungen jeglicher Art“ dort nicht geduldet würden. Auch die Hochschulleitung sprach im Februar vergangenen Jahres bereits davon, nach Abschluss der Sanierungsarbeiten, einen Raum der Stille eröffnen zu wollen, der „allen Konfessionen offen steht“.

Im Bezug auf studentische Frei- und Lebensräume sind unter anderem ein erweitertes Betreuungsangebot für Kinder, Flächen für „studentische Initiativen und Projekte“ sowie Unikneipen angedacht. „Hinter der Idee (...) steht nicht nur die Stärkung von bereits bestehenden studentischen Initiativen, sondern auch die Entwicklung einer stärkeren Beteiligung und Vernetzung von weiteren Studierenden und deren Initiativen im Bereich des Studiums und der Freizeit“, so das Presse- und Öffentlichkeitsreferat. Wie der Betrieb von Unikneipen realisiert werden soll, werde im Laufe der Legislaturperiode erarbeitet. Außer-

dem möchte sich der AStA um interkulturellen Austausch bemühen. So wolle man regelmäßige Veranstaltungen und Thementage planen, das Kulturangebot an beiden Campi angleichen und die internationalen Anlaufstellen ausbauen. Um welche genau es sich bei letzteren handelt, befindet sich aktuell noch in der Ausarbeitung.

Wohin mit dem Geld?

Der AStA strebe an, „keine privatwirtschaftlichen Gewinne“ generieren zu wollen. Laufende Kosten werde man nicht durch Rücklagen, die sich auf etwa zwei Millionen Euro belaufen, finanzieren. Einer Vertuschung von roten Zahlen werde so entgegengewirkt. Stattdessen werde man Konzeptpapiere erarbeiten und die Verwendung der Rücklagen in Sondersitzungen thematisieren. Möglich sei etwa eine Beteiligung an den Sanierungskosten des im September 2015 geschlossenen Kunst- und Kulturcafés KKC (aktuell berichtete) und des AStA-Kellers am Campus Duisburg. Da diese in die Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW fallen und dieser für die Sanierung von universitären Räumen verantwortlich ist, stellt sich die Frage, warum eine Kostenbeteiligung erwogen wird. Auch hier verweist das Presse- und Öffentlichkeitsreferat darauf, dass dieser Bereich „nach einer Woche im Amt noch nicht vollständig ausgearbeitet ist.“ Auch bezüglich des KKC betrachte der AStA das Studierendenwerk, das als Betreiber der Einrichtung fungiert, kritisch: „Allein die Diskussion um das KKC oder die Gestaltung der Mensaangebote zeigt doch das Machtmonopol und die damit einhergehende Kompromisslosigkeit des Studierendenwerks.“

Der AStA-Beitrag in Höhe von 13 Euro soll außerdem einer „Prüfung der Angemessenheit (...) nach dem Rechnungsabschluss des [Haushaltsjahres] 2016/2017“ unterzogen werden. Möglicherweise könne diese in einer Kürzung des Beitrages resultieren, „eine Erhöhung [sei] in jedem Fall ausgeschlossen“. Ein Stellenausbau der bisherigen 21,5 Referatsstellen wird nicht angestrebt, allerdings sollen die 21,5 Posten beibehalten werden. Ebenso solle es keine Kürzungen des Kultur- und Fachschaftenbudgets geben. In arbeitsintensiveren Phasen möchte der AStA auf die Hilfe aller Referate sowie „eine Lösung mit transparenten Honorarverträgen bei Großveranstaltungen für Studierende“ zurückgreifen. Weiterhin solle den Studierenden freier Eintritt zu kulturellen Veranstaltungen gewährt werden. „Ob und wie Sponsoren dabei helfen können, wird der AStA noch diskutieren“, so das Presse- und Öffentlichkeitsreferat. Die abgewählte Koalition aus GHG, LiLi und Jusos lehnten privatwirtschaftliche Sponsor*innen ab.

Und die aktuell?

Auch an die aktuell stellt der AStA im Koalitionsvertrag mehrere Forderungen. Etwa heißt es, dass die Arbeit und Berichterstattung der aktuell neutral und universitätsnah sein solle. Demgegen-



Hochschule soll groß und Politik fortan klein geschrieben werden. (Foto: caro)

über ist im Zeitungsstatut klar geregelt, dass die aktuell inhaltlich von allen hochschulpolitischen Gremien – auch vom AStA – über soziale, kulturelle und politische Themen berichten soll, die für die Studierenden von Belang sind. Dem stimme der AStA zu, jedoch müsse es ein ausgewogenes Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Berichterstattung geben. Und weiter: „Diese Frage würde sich bei einer unabhängigen Presse aber erübrigen.“

Außerdem wolle man die Besetzungskommission sowie das Budget „evaluieren“ und eine Entkopplung der aktuell vom AStA anstreben. Hierbei handelt es sich allerdings um zwei weitere Punkte, die im Zeitungsstatut geregelt werden und nicht durch den AStA bestimmt werden können. Zur Änderung des Zeitungsstatutes bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Studierendenparlament. Eine finanzielle Entkopplung vom AStA bedeutet zudem, dass die Finanzierung der aktuell im Studierendenparlament beantragt werden müsste, Gelder für studentische Presse könnten dadurch komplett gestrichen werden. Bislang verfügt die aktuell über einen eigenen Haushaltstopf im AStA, in der Satzung ist festgeschrieben, dass pro Studierende*in pro Semester 0,75 Cent vom Semesterbeitrag für die aktuell aufgewendet werden. Das Presse- und Öffentlichkeitsreferat beteuert aber, von „einer Abschaffung des AStA-Haushaltstopfs“ sei bislang nicht die Rede. [caro/fro]

Auf der Facebook-Seite des AStAs könnt ihr den kompletten Koalitionsvertrag einsehen.

Bilden!

Anmeldung für Sprachkurse



Lernwütige Sprachbegeisterte aufgepasst! Streicht euch folgenden Termin extra dick im Kalender an: Am Dienstag beginnt die Anmeldephase für die IOS-Sprachkurse in der vorlesungsfreien Zeit. Die Veranstaltungen finden im Februar und März statt. Welche Kurse angeboten werden, könnt ihr im LSF nachsehen.

✓ **Dienstag, 31. Januar bis Dienstag, 7. Februar, Internet, Eintritt frei**

Mehr Bilden!

Schuldenverfolgung in der BRD

Bis zum 11. Juni 1994 stand mit dem Paragraph 175 des Strafgesetzbuches sexueller Kontakt zwischen zwei Männern unter Strafe. Allein zwischen 1949 und 1969 wurden nach Schätzungen der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld 50.000 Männer wegen ihrer Sexualität verurteilt. Dass die Verfolgung von Homosexuellen nach der NS-Zeit vor allem unter Konrad Adenauer (CDU) anhielt, thematisiert der Historiker Marcus Velke in seinem Vortrag mit anschließender Diskussion. Besonderer Fokus soll auf NRW und Düsseldorf gelegt werden.

✓ **Mittwoch, 1. Februar, 18 bis 20 Uhr, Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Eintritt frei**

Ballern!

Bohnen in die Ohren

Trompeten so blechern wie Konservendosen! BEATZ & BOHNEN vereint das Beste aus Südeuropa und Lateinamerika. Das DJ Team Weiße Katze Schwarzer Kater laden am Freitag, 3. Februar in die Trompete nach Bochum. Ab 23 Uhr wird feinsten Balkanbeat mit tropischen Klängen gemixt. Soviel Balkan Cumbia Mashups, dass euch die Backen wegfliegen. Guten Appetit bei BEATZ & BOHNEN!

✓ **Freitag, 3. Februar ab 23 Uhr Die Trompete, Viktoriastr. 45, Bochum**

Theaterlandschaft in Not

Rund 140 öffentliche Theaterhäuser gibt es in Deutschland – viele davon in Nordrhein-Westfalen. Doch hier, wie auch in vielen anderen deutschen Bundesländern, gehen Theatern und Orchestern langsam aber sicher das Geld aus. Mit dem angekündigten Theaterpakt II, der in diesem Jahr beschlossen werden soll, verspricht sich die Kulturszene in NRW – zumindest vorübergehend – Hilfe.

Schon seit einigen Jahren stecken viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen in einer finanziellen Krise. Doch nun bedroht dieser finanzielle Engpass wiederholt die Existenz der Stadttheater und Orchester. Kulturförderung ist in Deutschland schon immer Ländersache gewesen, so heißt es beispielsweise in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens: „Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu fördern.“ Im deutschen Grundgesetz heißt es jedoch an ähnlicher Stelle: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Diese ganz im föderalen Sinne geregelten Angaben zur Unterstützung kultureller Betriebe bedeuten im Grunde, dass die vermeintliche Pflicht zur Kulturförderung eben keine Pflicht ist, sondern eine freiwillige Angelegenheit. Und in Zeiten knapper Kassen wird derzeit besonders an einer Ecke gerne gespart – nämlich an der Kultur.

NRW als Schlusslicht in Sachen Kulturförderung

Gerade in NRW und gerade auch in Sachen Theater. „Kein anderes Bundesland gibt so wenig Geld für seine Theater aus wie NRW, es ist das absolute Schlusslicht. Die Theaterförderung beträgt im Landeshaushalt lediglich 0,7 Prozent“, beklagte der Intendant des Hagener Stadttheaters Norbert Hilchenbach Anfang Januar gegenüber der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* die Situation der Theater. Zum Vergleich: In Rheinland-Pfalz beträgt die Förderung bereits 1,23 Prozent, während andere Bundesländer gar die ganzen sieben Prozent des Gesamthaushaltes für Bühnen ausgeben. Dagegen bezuschusst Nordrhein-Westfalen seine 18 städtischen Theater gerade mal mit fünf Prozent. Auch, wenn mit einberechnet wird, dass NRW als bevölkerungsreichstes Bundesland die meisten kommunalen Theater betreibt, geht die Rechnung nicht auf: „Auch dann bleibt NRW mit 2,50 Euro pro Kopf das Schlusslicht“, so Hilchenbach. Hingegen würden vor allem Thüringen und das Saarland besonders gut dastehen, die auf 21 beziehungsweise sogar 28 Euro pro Einwohner kämen.

Bereits Ende vergangenen Jahres waren erste Stimmen aus dem NRW-Städtetag laut geworden, die deswegen ein Umdenken forderten. Auch im Hinblick auf die Förderungssituation in anderen Bundesländern rief der Städtetag die Landesregierung dazu auf, sich in Zukunft

mindestens zur Hälfte an den Mehrkosten der Theater und Orchester zu beteiligen. Damit soll künftig den Preissteigerungen und steigenden Nebenkosten Rechnung getragen werden. Die bisherige Beteiligung des Landes von 5,3 Prozent soll dabei schrittweise auf 20 Prozent erhöht werden. NRW-Kulturministerin Christina Kappmann (SPD) rief daraufhin eine Theater- und Orchesterkonferenz ein, mit Vertreter*innen der Kommunen, Theater und Orchester ins Leben, um einen zweiten Theaterpakt auszuhandeln.

Fördermittel sind aufgebraucht

„Wir haben 2011 den ersten Theaterpakt auf den Weg gebracht. Seit drei Jahren drängen wir nun darauf, über eine Neuauflage zu diskutieren“, erläuterte Hilchenbach die aktuelle Situation. Der Theaterpakt I war 2013, noch unter Kulturministerin Ute Schäfer (ebenfalls SPD) in Kraft getreten. Damals hatte man sich darauf einigen können, Bühnen und Orchester in NRW jährlich mit 4,5 Millionen Euro zu unterstützen, solange es die Haushaltslage zulässt. Die Theaterkonferenz entschied jedoch, wie genau die Mittel aufgeteilt werden sollten, wobei finanziell schwächeren Kommunen mehr Geld zukommen sollte. Die damals

verhandelten Mittel reichten aber hinten und vorne nicht mehr aus. Daher sieht die Theaterkonferenz, bei der Intendant Hilchenbach für die Arbeitsgruppe Finanzen zuständig ist, schnellen Handlungsbedarf: „Die Theater gehen von einer jährlichen Kostensteigerung von drei Prozent aus. Unser Vorschlag ist es, dass die Zuschüsse kontinuierlich steigen und zur Hälfte getragen werden: 1,5 Prozent vom Land und 1,5 Prozent von der Kommune.“

Denn obwohl bisher durch die jährliche Förderung von 4,5 Millionen Euro noch kein Theater schließen musste, stehen doch einige Häuser auf der Kippe. So zum Beispiel auch die Theater in Hagen oder in Wuppertal. In Letzterem kündigte die Intendantin Susanne Abbrederis bereits 2016 an, ihren Job schon 2019 wieder an den Nagel zu hängen, da sie die geforderten Einspielergebnisse nicht bringen konnte. In Hagen wird hingegen schon seit längerem nach einem oder einer neuen Intendant*in für die Spielzeit 2017/18 gesucht, bisher jedoch ohne Erfolg. Der Job wird immer unbeliebter, vor allem wegen der Kürzungswellen in Kultureinrichtungen. Im Hagener Theater und Orchester werden bereits seit 2002 Stellen abgebaut und gekürzt, durch den Haushaltssanierungsplan vom Herbst 2015 wurden dem Theater erneut 1,5 Millionen Euro gestrichen.

Falsche Prioritäten?

Während sich etablierte und renommierte Häuser, wie die in Hagen oder Wuppertal um ihre Zukunft ernsthaft Sorgen machen müssen, wird andernorts mächtig viel Geld in neue Kulturstädte investiert. Ein Beispiel dafür ist das neue Musikforum Ruhr in Bochum, das Ende Oktober 2016 feierlich eingeweiht wurde. Erst Ende Januar wurde bekannt gegeben, dass sich die Kosten für das Konzerthaus nachträglich wegen Verzögerungen im Bau noch einmal um mehr als 700.000 Euro, auf insgesamt 39 Milli-



Das Theater Hagen – eines der geplagten Spielhäuser in NRW – verspricht sich durch den Theaterpakt II finanzielle Stabilität. (Foto: Boris Golz, Arnsberg)

onen Euro, erhöhen werden. Da scheint es dann plötzlich doch etwas willkürlich zu sein, für welche Kultur Geld zur Verfügung steht und für welche nicht.

Aber auch hier gilt es zu differenzieren, warnt der kaufmännische Direktor des Schauspielhauses in Bochum Matthias Nowicki: „Das eine ist, dass Baumittel bereitgestellt werden, um ein Gebäude zu errichten. Und das andere sind Zuschüsse zu laufenden Betriebskosten der Theater und Orchester“. Beim Bochumer Schauspielhaus selbst sieht die Lage derzeit recht gut aus, auch, weil die Stadt Bochum die Theater mit unterstützt: „Die Stadt Bochum hat sich verpflichtet bis zum Jahr 2023 Tarifsteigerungen von 2 Prozent zu refinanzieren“, erläutert Nowicki. Wann der Theaterpakt II endgültig stehen wird, ist derzeit noch offen. Erst einmal müssten die Landtagswahlen im Mai abgewartet werden, meint auch Nowicki: „Ich denke realistisch ist es, dass wir zum Frühjahr des nächsten Jahres eine Einigung finden werden. Doch auch, wenn es noch etwas dauern könnte, so begrüßen auch das Theater und die Philharmonie Essen (TUP) die Initiative gen Theaterpakt II: „Wir hätten uns das allerdings schon viel früher gewünscht, da die Finanzlage vieler Theater in NRW bereits seit Jahren äußerst angespannt ist“, resümiert der Geschäftsführer der TUP. [rat]

Bildungsungleichheit begegnen



Talentscout Inka Achtelik im Gespräch mit einem Schüler des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums in Duisburg-Marxloh. (Foto: fro)

Der familiäre Hintergrund hat noch immer großen Einfluss auf die schulische Laufbahn von Kindern und Jugendlichen. Neben Arbeiterkind.de (aktuell berichtete) gibt es eine weitere Initiative an der Universität Duisburg-Essen, die sich für mehr Bildungsgerechtigkeit einsetzt. Dazu kooperiert Talentscouting mit mittlerweile 16 Schulen in Duisburg und Essen.

Seit Februar vergangenen Jahres arbeitet ein vierköpfiges Team daran, in Schulen zu gehen und Oberstufenschüler*innen auf ihren Weg in Studium und Ausbildung zu begleiten. Dabei ist Talentscouting kein reines Informationsvermittlungsprogramm: „Wir wollen hauptsächlich Mut machen“, sagt Projektkoordinatorin Sarah Schröter. „Wir wollen den Schüler*innen über Stolpersteine helfen und sie dabei unterstützen, ihre Ziele zu finden und im Auge zu behalten.“ Die Schulen erhalten einmal im Monat Besuch von einer*r Mitarbeiter*in, der*die den Schüler*innen mit Tipps rund ums Studium zur Seite steht. Auch außerhalb der Sprechzeiten an der Schule haben die Schüler*innen die Möglichkeit, mit den Talentscouts Kontakt aufzunehmen. Für Fragen und Ratschläge stehen sie den interessierten Jugendlichen via Whatsapp und E-Mail auch außerhalb der Sprechstunden zur Seite. Neben der Berufsorientierung fragen sich manche zum Beispiel, wie sie den Job mit dem Tragen eines Kopftuches oder eines Turbans vereinbaren können. Bislang nehmen 340 Schüler*innen das Angebot des Talentscoutings wahr. An großen Gesamtschulen können pro Stufe bis zu 80 Abiturient*innen dabei sein, die die Talentscouts aufsuchen – wenn auch unterschiedlich oft.

Im Fokus stehen dabei Jugendliche aus Familien, aus denen bislang niemand eine Universität oder Hochschule besucht hat. „Hintergrund ist, dass erhoben wurde, dass die Zusammensetzung der Studierendenschaft auf eine Bildungsungerechtigkeit hinweist“, so die Sozialarbeiterin Schröter. Die Zahlen sind eindeutig: Während von 100 Jugendlichen aus Akademiker*innenfamilien 77 ein Universitätsstudium beginnen, besuchen nur 23 Prozent der Jugendlichen ohne akademischen Hintergrund eine Hochschule. Um dem entgegenzuwirken, müsse man eigentlich schon in der Grundschule anfangen, meint Schröter. Schließlich beginnt im deutschen Schulsystem bereits dort die Selektion in den verschiedenen Schulformen. „Mittelfristig bleibt es aber erstmal ein Projekt für die Oberstufe“, so Schröter. Die Finanzierung durch das nordrhein-westfälische Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung ist zunächst bis 2020 begrenzt. In diesem Jahr gehen die ersten Schüler*innen, die an dem Projekt teilgenommen haben, an die Hochschulen. Auch dann können sie noch Rat bei den Talentscouts suchen.

Talent ungleich Noten

„Den Talentbegriff machen wir aber nicht an einem bestimmten Notendurchschnitt fest“, gibt sie zu verstehen. Das Können der Schüler*innen sei im Kontext zu betrachten. Da viele Schüler*innen aus sozial schwächeren Familien beispielsweise auch Zeit für die Erziehung der Geschwister investieren oder Behördengänge für die Eltern übernehmen müssten, sei hier ein anderer Maßstab notwendig. „Der Lebenskontext soll mit einbezogen werden“, sagt Schröter. Unter anderen Umständen könnte statt des schlechten Drei-

erschnitts vielleicht ein guter Zweierschnitt auf dem Zeugnis stehen.

Besonderes Augenmerk legt Talentscouting auf Schulen in Stadtteilen, wo ein Großteil der Eltern keinen akademischen Hintergrund habe. „Nicht, weil wir annehmen, dass die Schüler*innen dort einen hohen Betreuungsbedarf haben“, sagt Schröter. „Zu uns kommen ganz unterschiedliche Schüler*innen mit ganz unterschiedlichen Problemen“, bestätigt Talentscout Inka Achtelik. Wenn ein*e Jugendliche*r bereits eine Vorstellung hat, sei sie oft schon sehr konkret. Ansonsten sei Orientierungslosigkeit ein Problem.

„Medizin ist ein großes Heiligtum“, verrät Achtelik über die Studienpräferenzen der Eltern. Darunter könnten sie sich etwas mehr vorstellen, was für Chancen der Beruf bietet, anders als bei künstlerischen Studiengängen. „In erster Linie wird Wert auf den Verdienst gelegt“, so Achtelik. Die Schüler*innen würden oft so sehr versuchen, die elterlichen Erwartungen zu erfüllen, dass sie ihre eigenen Wünsche untergrüben. Für solche Fälle biete sich der Besuch bei den Talentscouts ebenfalls an. „Wir helfen den Schüler*innen mit Informationen als Argumentationshilfe“, sagt sie. Wenn die Jugendlichen den abstrakten Vorstellungen der Eltern über das Studienfach erstmal mit konkreten Auskünften begegnen, könne man dem entgegenwirken.

Achtelik ist ein Mal im Monat am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium in Duisburg-Marxloh. Zirka zehn Schüler*innen betreut sie an einem Tag. Jede*r hat eine gute halbe Stunde Zeit, um mit ihr über den beruflichen Werdegang zu reden. Manche kämen unvorbereitet und planlos in die Sprechstunde, andere seien äußerst engagiert. Ahmet* ist einer, der viel Freizeit in die Berufsorientierung steckt. Er besucht gerade die Qualifikationsphase des Gymnasiums und möchte 2018 sein Abitur machen. Danach will er Pilot werden – und besucht eigenständig Informationsveranstaltungen wie eine Messe für die Pilot*innenausbildung in Frankfurt am Main. Achteliks Eindruck insgesamt: „Die Schüler*innen am Elly sind sehr selbstständig!“ **[fro]**

**Name von der Redaktion geändert.*

Mitmachen!

Die Initiative sucht Studierende, die Abiturient*innen einen Einblick über den Universitätsalltag vermitteln möchten. Das helfe Studieninteressierten, den Campus kennenzulernen und Informationen aus erster Hand zu bekommen. „So können Schwellenängste abgebaut werden“, sagt Schröter. Wer sich vorstellen könnte, Schüler*innen bei ihrer Studienwahl zu unterstützen, kann sich unter www.ude.de/campuscouts weiter informieren und anmelden

Fly Schulz, fly!

Oha, Martin Schulz ist Kanzlerkandidat der SPD. Was für eine Nachricht, die Medien überschlagen sich. Der Neuanfang ist ausgerufen. Sigmund Gabriel is gone, also als Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzender, jetzt ist er Außenminister. Diplomatie ist bekanntlich das Handwerk, das Gabriel am besten beherrscht. Ob er jedoch Donald Trump den Mittelfinger zeigen wird, ist noch fraglich und eher unwahrscheinlich. Aber back to topic: Es ist Schulz, Schulz, überall Schulz.

Doch wer ist eigentlich Martin Schulz, der vermeintlich personalifizierte Neuanfang der Sozialdemokratie? Blickt man auf seinen Lebenslauf, was so ungefähr alle Medien in den letzten Tagen getan haben, findet man heraus: Er kommt aus ärmeren Verhältnissen, hat kein Abitur, kein Studium, ist gelernter Buchhändler und beherrscht etliche Sprachen fließend. Bei seiner Antrittsrede haut er dann so richtig auf die Kacke, als er behauptet, dass das gar ein Vorteil im Wahlkampf sei! Damit könne man nämlich all die Alltagsorgen, Hoffnungen und Ängste (Flüchtlinge und so) nicht nur verstehen, sondern sogar aus tiefster Empathie spüren.

SPD: Wie ein Start-up Unternehmen

Im Klartext: Viel Empathie für deutsche Bürger*innen natürlich. In der Griechenland-Krise im Frühjahr 2015 sah er sich nämlich so gar nicht an der Seite der kleinen Leute, viel mehr an der Seite Angela Merkels. Den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras forderte er dazu auf, „verbal abzurüsten“ und verteidigte dabei die Troika. Empathie für die Menschen in Griechenland, denen Zugang zu Krankenhäusern, Medikamenten, Essen und Trinken fehlt und die sich im Notfall für eins dieser überlebenswichtigen Dinge entscheiden müssen, suchte man vergebens.

Dazu passt auch eine Anzeige, mit der sich Schulz für ein hohes Mandat im EU-Parlament bewarb, denn „nur wenn Sie Martin Schulz und die SPD wählen, kann ein Deutscher Präsident der EU-Kommission werden.“ – Dieser Schulz, so vielseitig. In seiner Antrittsrede sagte er, die AfD sei „keine Alternative für Deutschland, sondern eine Schande für die Bundesrepublik.“ Wo wir auch wieder beim Thema wären: Schanden. Darum geht es nämlich: Eine Schande vermeiden und eine große Imagekampagne für die SPD.

Da traut er sich auch glatt mal in Richtung Donald Trump zu schießen, dieser Fuchs!

Nur wie hält es Schulz eigentlich mit der europäischen Grenzpolitik, die ja bekanntlich aus hohen Stacheldrahtzäunen, Frontex, EU-Türkei-Deal und weiteren Köstlichkeiten besteht? Bei der Recherche findet man dazu keine kritische Worte, im Fokus steht da vor allem die Angst vor Grenzen innerhalb Europas. Logischerweise nur wegen den Märkten und der europäischen Freizügigkeit. Die Verantwortung für das Massengrab Mittelmeer sieht er im „Geschäftsmodell der Schlepper“, nicht hingegen bei der EU, die keine sicheren Fluchtrouten schafft und sich dem Ruf der Festung Europa munter hingibt.

Kein Neuanfang

Schulz ist also vor allem eins: Der Eurofighter der SPD. Wer hier einen Neuanfang sieht, glaubt wahrscheinlich auch, dass die deutsche Sozialdemokratie



Er ist es: Martin Schulz. Wo deutsch draufsteht, ist auch deutsch drin, oder so. (Foto: Martin Schulz/flickr.com/CC BY-NC-ND 2.0)

mehrheitlich links sei. Wer erwartet, dass Schulz soziale und emanzipatorische Kämpfe unterstützt, wird bitter enttäuscht werden. Zwar mag Schulz sich rhetorisch deutlicher von einigen seiner Parteikolleg*innen abgrenzen, der Inhalt jedoch bleibt sozialdemokratisch und wer die Historie kennt, weiß, dass man sich auf die SPD wirklich niemals verlassen sollte.

Demnach wird er sich verbal gegen radikal völkisch-nationalistische Ideen innerhalb der EU und wachsenden Rechtspopulismus stellen. Seine Handlungen werden sich aber nicht wesentlich von denen der CDU unterscheiden. Dass ein Tweet vom 29. Januar dann noch besagt: „Und ab morgen heizen wir den Schwarzen ein!“, zeigt nur ein weiteres Mal, dass er kein Neuanfang ist. Schulz hat vielleicht Empathie für „hart arbeitende“ Deutsche, nicht aber für die schwächsten inner- und außerhalb Europas. [rod]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Katharina Herbrich

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Robin Dullinge (rod)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de

HIRNAKROBATIK

9	3		8		
7		9	2	8	
2		4		5	
6	9	2			
4	8			1	6
			4	8	5
	4		7		8
7	3	6			4
		8		7	3

WOHNHEIMGESCHICHTEN

